

KGW's Rundschreiben

30.08.2016
Seite 1 von 5

Deutschland in Europa und der Welt

Als Cat Stevens „Wild World“ schrieb, dachte er bestimmt nicht an die Krisenherde überall auf der Welt. Dabei denken wir z.B. an die Terrormeldungen aus unterschiedlichen Ländern, den Ukraine-Krieg von Wladimir Putin, die Massenmorde des Baschar al-Assad, die Besitzansprüche Chinas im südchinesischen Meer, die autoritäre Revolution des Recep Tayyip Erdogan und bestimmt auch das Auftreten des Donald Trump vor der Präsidentenwahl in Amerika. All das hat die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte massiv erschüttert. Die Bauherren der EU erkennen nach 11 Jahren, welche Konstruktionsmängel das Gebilde EU hat. Es muss an allen Ecken und Enden nachgebessert werden, damit das Ganze nicht zusammen fällt. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ war ein sehr erfolgreicher Film. Damit ist allerdings nicht der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) gemeint. Der chinesische Präsident Li Keqiang sieht darin die Entwicklung der Weltwirtschaft an einem kritischen Punkt. Flach kann man es auch anderes ausdrücken: der Brexit ist ein Schuss vor den Bug der EU. Man hat zwar noch keinen Antrag zum Ausstieg gestellt, muss aber nach dem Votum das politische Chaos im eigenen Land zunächst mal ordnen. Erst dann beginnt das Machtspiel Großbritanniens gegen die 27 anderen EU-Länder. Das politische Urgestein der SPB, Herbert Wehner, sagte: „wer raus geht, muss auch wieder rein kommen“. Bezogen auf den Brexit ist das aber eindeutig falsch und das ist der neuen Regierungschefin Theresa May sowie auch dem Ausstiegspopulisten Boris Johnson klar. Die künftige Partnerschaft zwischen den Inselbewohnern und der Bevölkerung des europäischen Festlandes wird in Zukunft anders aussehen. Vor etlichen Jahren brachte es die rheinische Liedermacherin Trude Herr mit dem Lied „Niemals geht man so ganz“ auf den Punkt. Politisch muss man erkennen, dass das Misstrauensvotum der Briten in die EU in der Begrenzung der Migration, dem Misstrauen in die Politiker sowie dem Schutz nationaler Souveränität und Identität begründet war. Das wiederum hat die Populisten wie Marine Le Pen (Frankreich), Geert Wilders (Niederlande) und Norbert Hofer (Österreich) beflügelt, eigene Austrittsreferenden für ihre Länder zu fordern. Man wird die Wahlen 2017 in Frankreich und den Niederlanden bzw. die Präsidentenwahl in Österreich im Oktober dieses Jahres abwarten. Ohne Zweifel hat Angela Merkel ihre Talente, die ihr verliehene Macht zu erhalten, unter Beweis gestellt. Leider aber fehlt ihr das Gespür dafür, wann sie sich klar und deutlich zu positionieren hat (missglückte Integrationsversuche). Dass das eine willkommene Steilvorlage für die AfD ist, sollte jedem klar sein. Gerade als Bundeskanzlerin muss man den Mut haben, Entscheidungen nicht vor sich herzuschieben, sondern auch, wenn sie unangenehm sind, Verantwortung zu übernehmen und klare Position zu beziehen. Eine klare Denkweise führt zu Klartext in der Aussprache und schlussendlich zu einem klaren Handeln.

Die beiden Querdenker Marx Friedrich und Matthias Weik haben bereits in der Vergangenheit einige Bestseller geschrieben. Kürzlich erschien ihr neues Buch (im Eichborn-Verlag) „Kapitalfehler“. Sie sind der Ansicht, dass der Euro Europa nicht eint, sondern trennt und unseren Wohlstand vernichtet. Sie sehen den Euro auf der Intensivstation, wo er nur mit enormen Geldspritzen künstlich am Leben gehalten wird. Vor der Einführung des Euros ging es den Ländern in Südeuropa (z.B. Griechenland, Portugal, Spanien und Italien) mit ihren Währungen wesentlich besser als heute. Man hatte niedrigere Arbeitslosen- und Verschuldungsquoten und andererseits eine wesentlich höhere Industrieproduktion. Zwar liegen diese Länder wirtschaftlich am Boden, werden aber durch das gescheiterte Währungsexperiment am Leben erhalten. Diese Länder können sich heute günstiger verschulden und das ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Schulden kann man nicht mit Schulden bezahlen. Schlussendlich geht nicht der Staat pleite, sondern die Bürger. Seit Jahren ist Deutschland Exportweltmeister, hat Steuerrekordeinnahmen und eine Rekordbeschäftigungsquote. Trotzdem schaffen wir gerade mal eine „schwarze Null“ und können darüber hinaus von den angehäuften Schulden nichts zurück bezahlen. Wenn das bei uns schon so ist, wie können wir es dann von den Krisenländern erwarten? Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes lag der Rekordüberschuss im ersten Halbjahr 2016 bei 18,5 Milliarden Euro. Obwohl es uns Deutsche bisher nicht massiv getroffen hat, haben wir auch mit dem Dauerkrisenmodus zu kämpfen. Die Reichen wurden in wenigen Jahren reicher und unter dem Schutzmantel der Krise wurden fragwürdige Gesetze und Rettungspakete verabschiedet. 0,1% der Weltbevölkerung besitzen über 80% des

weltweiten Finanzvermögens. Über 9/10 des Geldes auf der Welt kursieren ausschließlich innerhalb des Finanzsektors. Kein System, so beschreiben es beide Autoren, hat so viel Wohlstand auf die Welt gebracht wie der Kapitalismus. Vor 1800 lebten über 80% der Menschen in Armut und wurden oftmals keine 40 Jahre alt. Seit dem ging es permanent aufwärts. Ein System muss aber einen Mehrwert für die breite Masse liefern, sonst schafft es sich selbst ab bzw. wird von der unzufriedenen Mehrheit abgeschafft. Diese Steuerung hat der Staat zu übernehmen. Gemäß dem deutschen Sprichwort sucht sich der Teufel für sein Geschäft immer den „größten Haufen“ aus. Man erkennt das daran, dass die 62 reichsten Menschen der Welt genauso viel besitzen, wie 3,5 Milliarden der „Ärmeren“ Menschen. 2010 besaßen 388 Menschen so viel, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, 2014 waren es noch 80. Die 4 erfolgreichsten Hedge-Fonds-Manager verdienten im Jahr 2015 zusammen 6,1 Milliarden US-\$. Aus der Champions League der Reichen geht hervor, dass sich immer mehr Geld in den Händen weniger Menschen befindet. Die 82 Hyperreichen konnten ihren Wohlstand innerhalb der letzten 5 Jahre um knapp 500 Milliarden US-\$ auf 1,76 Billionen Dollar steigern. Obwohl die Bevölkerung seit 2010 um 400 Millionen gewachsen ist, schrumpfte das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung in diesem Zeitraum um ca. 1 Billion US-\$. Die letzte Krise wurde durch viel zu niedrige Zinsen und viel zu billiges Geld ausgelöst. Die niedrigen Zinsen führten zu Exzessen und massiven Blasen an den Aktien- und Immobilienmärkten. Noch heute werden die Märkte mit unendlich viel billigem Geld geflutet. Niemals in der Geschichte der Menschheit wurde eine Krise nachhaltig durch Gelddrucken gelöst. Deshalb, so schreiben beide Autoren, ist die nächste Krise vorprogrammiert und nur eine Frage der Zeit. M. Friedrich und M. Weik fordern ein neues Wirtschaftsdenken für die 7,3 Milliarden Menschen auf unserer Erde.

2006 schrieb der Börsenexperte Prof. Dr. Max Otte den Bestseller „Der Crash kommt“ und sagte damit die Sub-Prime-Krise voraus. Er sieht Europa gemeinsam in die Insolvenz gehen. Für ihn dominieren die Finanzbranche und andere Lobbyisten die Politik. Er sieht hier dringenden Änderungsbedarf. Zur Debatte um die Abschaffung des Bargelds hat er sich in einem kürzlich erschienenen Buch geäußert und darauf hingewiesen, dass Bargeld ein Rechtsgut ist. Wer es zerstört, zerstört gleichzeitig freiheitliches Rechtsgut.

Mario Draghi hat bisher vergeblich versucht, die Inflation in Deutschland mit billigem Geld und unkontrolliertem Gelddrucken zu bekämpfen. Bisher leider vergeblich. Es sollte aber bekannt sein, dass eine zu starke Liquiditätsausweitung die Basis für künftige Inflation ist. Oder in Kurzform: wenn man viel Liquidität in Umlauf bringt, wird die Inflation umso größer. Das wir keine größere Inflationssteigerung haben, liegt daran, dass der Ölpreis kräftig verfallen ist. Bei steigender Inflation wird es sich künftig wohl kaum verhindern lassen, dass die Zinsen steigen. Es scheint, als ob die Kapitalmärkte einen Teil der Liquidität in Richtung Rohstoffe und Edelmetalle umleiten. Den steigenden Rohstoffpreisen folgen dann höhere Erzeugerpreise, die sich in der Verteuerung der Warenpreise wiederfinden. Das ruft den Verbraucher mit höheren Lohn- und Gehaltsforderungen auf den Plan und hier schließt sich eine Inflation wie aus dem Lehrbuch. Wenn sich die Waren laufend verteuern, wird das Geld nicht gespart sondern konsumiert. Liquidität kommt in den Umlauf und die Umlaufgeschwindigkeit nimmt zu. Ein Gegensteuern der EZB über den Zins ist unmöglich. Viele Staaten würden eine Verteuerung der Finanzierung ihrer viel zu hohen Schulden nicht überstehen. Hier ist ein Crash des Finanzsystems wahrscheinlich. Entwicklungen aus der Vergangenheit (Hyperinflation, Währungsreform, Geldentwertung hin bis zum Krieg) sind uns Deutschen bestens bekannt. Wenn Europa sich Japan zum Vorbild nimmt, dann ist das ein denkbar schlechtes. Der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe kündigt ein weiteres Konjunkturpaket an. Mit neuen Schulden und Drucken von frischem Geld will er die Inflation anregen und das Wachstum der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt ankurbeln. Seine bisherige Bilanz als Regierungschef ist ein Desaster, denn kein von ihm gestecktes Ziel wurde erreicht. Gleichzeitig wurden aber die Risiken massiv erhöht. Auch jetzt baut er ein Kartenhaus, in dem der Staat Schuldner und Gläubiger zugleich ist. Japan ist das höchstverschuldete Land der Welt (249% / Deutschland in Relation dazu 68%). Während in 2016 das japanische Wachstum bei +0,3 liegt, prognostiziert man für 2017 -0,1%. Diese Politik geht auf Sicht zulasten der japanischen Bevölkerung und es ist dringendst davor zu warnen, dass Europa sich ein Beispiel an Japan nimmt.

In diesem Jahr feiern 50 Aufsichtsrats- und Vorstandsvorsitzende deutscher und französischer Firmen ihr 25-jähriges Jubiläum in Evian. Das ganze unter dem Vorsitz der beiden Manager Gerhard Cromme (Vorsitzende des Aufsichtsrats der Siemens AG) und Bruno Lafont (Co-Präsident des Verwaltungsrats von Lafarge-Holcim). Wenn man das Ergebnis aus den Zusammenkünften der letzten 25 Jahre sieht, kann man mit böser Stimme sprechen und sagen „außer Spesen nix gewesen“. In diesem Jahr beschäftigt man sich aber mit der Frage, wie es in Europa weitergeht. Man will darüber diskutieren, dass sich junge Bürger künftig mit der europäischen Idee identifizieren. Sie wollen darüber reden,

dass nur ein wirtschaftlich prosperierendes Europa ein politisch starkes Europa ist. Ob diese hoch dotierte Managerrunde Europa wirklich weiterbringt?

Zurück nach Deutschland. Unser Finanzminister Schäuble riet allen Bürgern, über den Kauf eines Elektroautos nachzudenken, weil der Fördertopf auf 1,2 Milliarden Euro begrenzt sei. O-Ton: „wenn Sie eine Prämie wollen, kaufen Sie schnell!“ Das Ganze ist gut einen Monat her und der Zuschuss von 4.000 Euro hat bisher wenig Resonanz erfahren. Von den Bürgern sind bisher lediglich 5,6 Millionen Euro als Prämie beantragt worden. Bei dem jetzigen Tempo hält der Fördertopf 18 Jahre lang. Das letzte staatlich geförderte Elektroauto würde am 92. Geburtstag des Herrn Schäuble vom Hof rollen.

Vor 10 Jahren beschlossen CDU, CSU und SPD das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AEG). Es sollte niemand wegen seiner Rasse, ethischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt werden. Nun hat dieses Gesetz Geburtstag und die Antidiskriminierungsstelle im Bundesfamilienministerium fordert eine Verschärfung. Sie will die Klagfrist für diejenigen, die sich diskriminiert fühlen, von 2 auf 6 Monate verlängern und das Diskriminierungsverbot für Arbeitgeber auf das Fremdpersonal von Subunternehmen ausweiten. Darüber hinaus sollen die Antidiskriminierungsverbände ein eigenes Klagerecht erhalten. Wir meinen, dass hier das Privateigentum, also die Grundlage der Zivilisation, infrage gestellt wird. Antidiskriminierungsgesetze entziehen den Menschen die Verfügungsgewalt über ihr Privateigentum. Vermieter oder Unternehmer werden gezwungen, Mieter oder Arbeitnehmer unter Vertrag zu nehmen, die sie freiwillig nicht unter Vertrag genommen hätten. Das schürt Konflikte. Bekanntlich gibt es auch Arbeitnehmer, die den Betriebsfrieden stören könnten. Wer menschlich handelt, diskriminiert immer irgendjemanden. Handeln bedeutet, aus einer Mehrzahl von Optionen auszuwählen. Wenn ich beispielsweise in ein chinesisches Restaurant gehe, diskriminiere ich das griechische oder italienische Restaurant nebenan. Eine zivilisierte Gesellschaft benötigt allerdings die Freiheit zur Diskriminierung. Brauchen wir wirklich eine solche Bevormundung von Vater Staat?

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Auf Grund der Nachfrage hat sich die Edelstahlproduktion des II. Quartals 2016 in Relation zum ersten Quartal erhöht. Trotzdem ist das Niveau relativ niedrig und hinkt dem Vorjahresquartal hinterher. Von der Ertragssituation macht es nach wie vor keine Freude, Lieferant rost- und säurebeständiger Flachprodukte zu sein. Ein kleiner Hoffnungsschimmer allerdings ist zu sehen, denn es zeigt sich eine steigende Nachfrage. Damit verbunden ist eine Verlängerung der Lieferzeiten (werkseitig) auf Dezember diesen Jahres. Bei diesem Trend ist ein Anstieg der Grundpreise zum Anfang des nächsten Jahres nicht auszuschließen.

Wegen der in Europa stagnierenden Nachfrage, massiver Überkapazitäten und steigenden Kosten gibt es eine Disharmonie zwischen ThyssenKrupp-Betriebsräten und der Vorstandsriege um Heinrich Hiesinger. Man verlangt eine Zusage bis 2020, dass auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird. Um diese Zusage geben zu können, muss sich am Markt sicherlich erst einiges zum Positiven entwickeln.

Für die Europäer ist China nach wie vor der Buhmann, wenn es um Stahlexporte nach Europa geht. Nach einem schweren Erdbeben vor ca. 30 Jahren wurde die Stadt Tangshan (ca. 200 Kilometer östlich von Peking) als Industriestandort für die Stahlproduktion neu errichtet. Man hat große Kapazitäten aufgebaut, um den eigenen Stahlhunger zu befriedigen. Heute überschreiten gewaltige Kapazitäten die Nachfrage deutlich. Ministerpräsident Li Keqiang hat den Abbau der Überkapazitäten zu einem strategischen Ziel seines Landes erklärt. Es ist möglich, dass bis zum Jahresende 800.000 Stahlarbeiter ihren Job verlieren. Das, was die Politik fordert, ist bisher aber noch nicht in die Realität umgesetzt worden. Als erstes wird es wahrscheinlich die Zombie-Unternehmen treffen, die derzeit noch in unterschiedlicher Form vor dem Konkurs bewahrt werden. Als Zombie-Unternehmen bezeichnet man die Firmen, die mindestens 2 Jahre keine schwarze Zahl geschrieben haben. Tangshan richtet die Gartenbaumesse von April bis Oktober diesen Jahres aus und versucht sich als „grüne Oase“ darzustellen. Genau wie in Europa gibt es Fusionsbestrebungen, z.B. zwischen der Bao-Steel-Group und Wuhan-Iron. Auf ihren Internetseiten erklären die

Unternehmen stolz, dass sie bereits europäische Umweltstandards erfüllen. Beim China-EU-Gipfel in Peking vor einigen Wochen hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die chinesischen Stahlimporte nach Europa kritisiert. Er argumentiert, dass die Exporte im ersten Quartal um 28% gestiegen sind, die Preise gleichzeitig aber um 31% sanken. Als Druckmittel benutzt Juncker den Marktwirtschaftsstatus, der China vor 15 Jahren zum Ende dieses Jahres zugesagt wurde. Europäische Stahlfirmen laufen dagegen Sturm, weil sie befürchten, künftig Anti-Dumping-Schutzzölle nicht mehr durchsetzen zu können. Juncker und Li haben eine „Stahlplattform“ vereinbart, damit es in Zukunft nicht zu einer Eskalation kommt. Arbeitsgruppen der EU und Chinas sollen die Produktions- und Preisentwicklung beobachten und prüfen. Für die chinesische Regierung gilt das gleiche, wie für die Europäer. Nämlich, dass die Schließung von Produktionsstätten zu Massenarbeitslosigkeit führt, was aber auf alle Fälle vermieden werden soll.

Die Rohstoffmärkte

In Relation zu 2015 sank der Nickelpreis in diesem Jahr deutlich. Nickelproduzenten hatten ihr Auskommen nicht mehr und Minen in Neu-Kaledonien mussten mit vielen Millionen Euro unterstützt werden, um eine Schließung zu vermeiden. Ab Juli erholte sich der Nickelpreis, was zu einer LZ-Erhöhung im August führte. Im September geht es nochmals aufwärts. Als weitere Begründung für den Preisanstieg bei Nickel ist die Politik der philippinischen Regierung zu sehen. Man setzt dort verstärkt auf den Umweltschutz und beobachtet die Aktivität in den Minen sehr genau. Werden Umweltauflagen nicht eingehalten, ist mit sofortigen Sanktionen zu rechnen. Das könnte zukünftig Auswirkungen auf die Lieferungen nach China haben.

Die gestiegenen Preise für Chrom sind bis Ende September festgeschrieben.

Im April dieses Jahres erreichte der Molybdänpreis die Talsohle. Von da an ging es (wie die nachstehende Übersicht zeigt) aufwärts. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass der Trend beim Molybdän nach oben zeigt.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
01.04.2016	1.1398	8.380	8.415	431.802	733	1.067
03.05.2016	1.1507	9.555	9.575	417.504	826	1.176
01.06.2016	1.1159	8.325	8.365	401.508	745	1.369
01.07.2016	1.1136	9.535	9.580	379.566	857	1.529
01.08.2016	1.1176	10.705	10.775	372.954	959	1.434
26.08.2016	1.1198	9.775	9.840	370.566	866	1.461

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2015 €/to	Höchste LZ 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400	410	418	448	459	464	480			
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474	485	496	546	585	576	594			
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827	869	853	914	903	1.013	1.089			
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780	817	804	861	853	952	1.021			
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807	845	835	907	919	1.004	1.071			
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134	1.191	1.172	1.289	1.334	1.450	1.548			
4509	01/15 - 530	07/15 - 580	573	540	517	525	532	560	571	577	593			
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633	646	659	730	798	381	795			
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976	2.087	2.034	2.238	2.311	2.560	2.750			
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150	1.207	1.187	1.305	1.349	1.469	1.570			
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047	1.102	1.073	1.144	1.123	1.287	1.391			

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200	190	190	210	220	220				
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780	760	750	770	810	820				
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060	1.050	1.000	1.010	1.080	1.100				

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team